

# Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lehrkinder, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal Mk. 2.

Erste Ausgabe jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreispaltige Petitzeile 50 Pfg., für die Zahlstellen 30 Pfg.

## Kampforganisation oder Unterführungsverein?

Das Gespenst der Massenarbeitslosigkeit erscheint wieder einmal dräuend am Horizont des Wirtschaftslebens und Hunderttausende von Arbeitern, die arbeitslos auf der Straße liegen, gehen mit ihren Familien dem größten Elend entgegen. Wohl mühen sich die Gewerkschaften ab, nach besten Kräften den arbeitslosen Mitgliedern Hilfe zu bringen und sie über Wasser zu halten, aber diese Hilfe reicht nicht aus und die Gewerkschaftskassen sind den außerordentlichen Anforderungen nicht gewachsen. Bei einer normalen Lage des Arbeitsmarktes mag die Erwerbslosenunterstützung vielleicht ausreichen, aber größeren Ansprüchen hält sie nicht stand. Deshalb wenden wir uns nunmehr an die Gesellschaft, an Staat und Gemeinden, mit der Forderung, daß sie ihre Pflicht tun gegenüber den Opfern der planlosen kapitalistischen Wirtschaftsweise und der ungerechten Verteilungsweise. Wir fordern eben die Unterstützung der Arbeitslosen als das gute Recht zum Leben, als das Recht auf Existenz.

Daß diese durchaus berechtigte Forderung fast überall auf Widerstand stößt, ist bekannt. Das satte, zahlungsfähige Proletariat ist um Gründe nicht verlegen, um seinen ablehnenden Standpunkt zu rechtfertigen, und die Scharfmacherpresse als die Mäuserin im Kampfe gegen die Arbeitslosenhilfe schämt sich nicht, die Arbeitslosen zu verhöhnen und zu beschimpfen, indem sie von „arbeitscheuen Elementen und Faulenzern“ redet, die sich auf Kosten des Unternehmertums einen guten Tag machen wollten. Augenblicklich fühlt sie sich bei dieser Gemütsroheit selbst nicht recht wohl; denn neuerdings ändert sie ihre Taktik. Sie hüllt sich in den Mantel der Arbeiterfreundlichkeit und äußert ein gewisses Mitgefühl mit den Arbeitslosen, für die etwas getan werden müsse. „Kein vernünftiger Mensch wird beharren wollen,“ schreibt die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ in einem Leitartikel, „daß Konjunkturschwankungen auf die Lage des Arbeitsmarktes einen maßgebenden Einfluß auszuüben vermögen, ja, daß unverschuldete Arbeitslosigkeit auch bei guter Wirtschaftslage häufig genug vorkommt. Hiergegen anzugehen, wird man unter allen Umständen bemüht sein müssen.“ Aber die Unterstützung der Arbeitslosen ist Aufgabe der Gewerkschaften — hier tritt der Stiefel des bürgerlichen Standes — und ehe die Gewerkschaften der bürgerlichen Gesellschaft, die sie sonst bis aufs Messer bekämpfen, Moral predigen und sie um Unterstützung „anbetteln“, wollen sie selbst ihre eigenen Kräfte an der zu bewältigenden Aufgabe erproben. Höhnisch weist das Scharfmacherblatt darauf hin, „daß im Schupfkästlein der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbewegung ein Vermögen von weit mehr als 10 Millionen Mark liegt“, das sehr wohl geeignet sei, die Folgen der Arbeitslosigkeit zu beseitigen, wenn man sich entschließen könne, die wirtschaftlichen Kämpfe einzuschränken und an den Auswendungen zu Verwiltungszwecken zu sparen. Das heißt also mit andern Worten: Die Gewerkschaften sollen zunächst unter Aufgabe ihres Charakters als Kampforganisationen zu reinen Unternehmungsvereinigungen werden und ihre sämtlichen Geldmittel für die Arbeitslosen aufbrauchen, ehe sie sich um Hilfe an die bürgerliche Gesellschaft wenden.

Diese Forderung, die auf das proletarische Mitgefühl beruht, macht dem „guten Herzen“ dieser Arbeiterfreunde alle Ehre und hat auf den ersten Blick etwas Hochhehendes an sich. Selbst manchen unserer Kollegen, die das Elend der Arbeitslosen tagtäglich vor Augen sehen oder gar am eigenen Leibe verspüren, mag wohl hier der Gedanke gekommen sein, ob es nicht besser sei, unser Verbandsvermögen für die Linderung der Not unserer Ko-

beitslosen zu verwenden, als es für spätere Zeiten aufzusparen. Weichherzige, mitleidige Menschen, die das durch die Arbeitslosigkeit herbeigeführte Elend tagtäglich vor Augen sehen oder gar am eigenen Leibe verspüren, kommen leicht dazu, die nächstliegenden Aufgaben für die dringendsten zu erklären und darüber die zukünftigen Anforderungen zu vergessen. Man kann es sich wohl vorstellen, daß ein bereits ausgesteuerter, seit Wochen und Monaten arbeitsloser Kollege zu dieser Ansicht kommt, wenn er die Abrechnungen der Verbandskasse liest und an die gefüllte Kasse denkt. Zum Glück für die Gewerkschaftsbewegung aber ist die Verwirklichung dieses Wunsches durch die Verbandsstatuten unmöglich gemacht und der Kassierer, dem vielleicht das Herz blutet beim Anblick der Not seiner Kollegen, muß unbarmherzig die Hand auf dem Beutel halten und die Gelder in seiner Kasse aufspeichern, die die Arbeitslosen sehr gut gebrauchen könnten. Dies ist seine harte, unerbittliche Pflicht; denn moßte es wohl führen, wenn die Gewerkschaften die Kassen öffnen und den Inhalt für die Arbeitslosen ausschütten wollten!

Bekanntlich leben unsere Gewerkschaften mit dem Unternehmertum fortwährend auf dem Kriegsfuße, das heißt, in einem ununterbrochenen halb offenen, halb heimlichen Kampfe. Selbst wenn die Kämpfe hin und wieder durch einen Vertrag unterbrochen werden, so handelt es sich doch immer nur um einen bewaffneten Frieden, da im Hintergrunde immer wieder neue Feindseligkeiten drohen. Dieser stets dräuende Kampf entspringt aus dem in dem Kapitalismus bestehenden Klassen Gegensatz zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten. Das Proletariat will mit Hilfe starker Organisationen seine Lohn- und Arbeitsbedingungen und damit seine Lebenslage verbessern. Das Unternehmertum weist diese Ansprüche zurück, und darum ist es kein Wunder, daß eine Spannung besteht zwischen beiden Parteien. Hieraus ergibt sich auch die Notwendigkeit einer beständigen Kriegsbereitschaft für die Gewerkschaften, die ja die Vertretung der Arbeiterinteressen zu ihrer Aufgabe gemacht haben und deshalb stets auf der Wacht stehen müssen, um diese Interessen zu schützen. Da aber nach dem Ausspruch des alten Feldherrn Montecuculi zum Kriegsführen drei Dinge gehören: Geld, Geld und nochmals Geld, so ist es selbstverständlich, daß sie darauf bedacht sind, einen großen Kampffonds anzusammeln, aus dem sie die Unkosten der wirtschaftlichen Kämpfe bestreiten. Von diesem Gesichtspunkte aus versteht man es, wenn sich die Gewerkschaftsvorstände bemühen, Ueberschüsse zu erzielen und Kapitalien aufzuspeichern, um im Kriegsfall gerüstet zu sein. Unbekümmert darum, ob irregeleitete Mitglieder ihnen Vorwürfe machen über den „stark ausgeprägten Metallreiz“ oder ob die Scharfmacherföhdlinge darüber spotten, daß die Bekämpfer des Kapitals selbst Kapitalisten werden, gehen sie ruhig ihres Weges und füllen ihre Kassen. Nur unwissende oder böswillige Leute können ihnen daraus einen Vorwurf machen. Wer das Wesen der wirtschaftlichen Kämpfe kennt, wird ihnen ihre Sparjamkeit und ihre Vorsicht hoch anrechnen.

Daß den Unternehmern die gefüllten Kriegskassen der deutschen Gewerkschaften ein Dorn im Auge sind, darf uns nicht wundern, und ebensowenig wird es uns wunderbar erscheinen, daß sie sich bestreben, diese Kassen leertzumachen. Bekanntlich hat man versucht, durch langandauernde Aussparungen oder durch hartnäckigen Widerstand gegen einen Tarifabschluß die Gewerkschaftskasse zu sprengen und die Gewerkschaften zum Bankrott zu treiben. Da dieser Versuch noch in jedem Falle vorbeigelungen ist, schlägt man nun einen andern Weg ein und empfiehlt den Gewerkschaften, unter dem Schein der Arbeiterfreundlichkeit, die Ausleerung ihrer Kassen. Würden die Gewerkschaftsvorstände diesen

„wohlgemeinten“ Rat folgen, so wäre dies nicht nur eine Dummheit sondergleichen, sondern auch ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung. Es wäre eine unerbittliche Kurzsichtigkeit, wollten sie über den Bedürfnissen des Augenblicks die Forderungen der Zukunft vergessen. Wie ein weitsichtiger Mensch voraussehend und vorausjorgend in die Zukunft blickt, so rüstet auch eine Gewerkschaft für spätere Kämpfe. Unsere deutschen Gewerkschaften sind nicht mehr, wie es früher vielleicht der Fall war, Gegner des Unterstützungswesens aus Besorgnis, sie möchten darüber ihren Kampfescharakter verlieren, im Gegenteil, sie bauen ihr Unterstützungswesen und besonders die Erwerbslosenunterstützung immer mehr aus. Sie sind nach Möglichkeit bestrebt, die Opfer des Kapitalismus über Wasser zu halten, dabei sind sie sich aber stets bewußt, daß sie in allererster Linie Kampforganisationen sind, die da die Aufgabe haben, ihren Mitgliedern bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen. Und dazu sind eben die gefüllten Kriegskassen notwendig. Das könnte dem Scharfmachertum gerade passen, daß die Gewerkschaften in den Zeiten einer wirtschaftlichen Krise ihre Gelder veransagten und beim Eintritt einer besseren Konjunktur mit leeren Händen daständen und somit den Ausbeutungs- und Scharfmachergeilsten widerstandslos, auf Gnade und Ungnade, ausgeliefert wären. Aber so dumm sind die deutschen Gewerkschaften nicht, daß sie auf die gutgeheuchelte Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmerrückis vom Schlage des Herrn von Reizwitz hereinfallen.

Brutus.

## Zur Geschichte der Nachtarbeit im Bäckereigewerbe.

Die Frage, ob die Nachtarbeit im Bäckereigewerbe notwendig ist, wann und warum sie eingeführt wurde, ist bis jetzt endgültig noch nicht beantwortet. Während bezüglich der ersten Frage, betreffend die Notwendigkeit der Nachtarbeit, die Meinung der Sachleute selbst noch auseinandergeht, kann man mit Bezug auf den zweiten Teil dieser Frage oft die sonderbarsten Antworten hören. Da behauptet der eine: „Im Bäckereigewerbe war die Nachtarbeit von jeher üblich und notwendig“, oder „die Nachtarbeit im deutschen Bäckereigewerbe ist aus Frankreich eingeschleppt worden“, während andere wieder, darunter sogar Leute, denen man sicher nicht nachsagen kann, daß sie auf dem Gebiete der sozial-historischen Wissenschaft Fremdlinge wären, die ganze geschichtskritische Frage der Nachtarbeit noch viel lakonischer abtun, indem sie einfach erklären: „daß unsere Großeltern kein Brot gegessen hätten, das nachts gebacken sei“. Soviel ich mich erinnern kann, war es Dr. Jantow, der ähnliches schon vor etwa 15 Jahren behauptete.

Wie dem auch sein mag; wir wollen uns fürs erste weder die eine noch die andere Antwort oder Meinung zu eigen machen, da uns nach Lage der Sache keine von allen richtige Klarheit gibt oder geben kann. Jedenfalls sind die zwei Fragen „Notwendigkeit der Nachtarbeit“ und „Entstehung der Nachtarbeit“ aufs engste miteinander verknüpft, so daß, wenn wir uns einmal selber Klarheit darüber verschaffen wollen, wir beide Fragen auch nur im Zusammenhange erörtern können. Die Notwendigkeit der Einführung irgendwelchen Gebrauches oder Zustandes kann nur dann richtig erkannt werden, wenn man auf die Zeit dieser Einführung selbst zurückgeht; da aber das Datum der Einführung der Nachtarbeit im Bäckereigewerbe leider noch in keinem Geschichtskalender verzeichnet ist, so müssen wir schon selbst diesen Zeitpunkt suchen, indem wir kurz die Entwicklungsgeschichte des Gewerbes durchgehen.

Das Brotbacken war ursprünglich, am Anfang der menschlichen Kultur, reine Familiensache, das heißt jede Familie (natürlich im zeitgenössischen Sinne genommen) produzierte ihren Bedarf selbst. Wesen Aufgabe unter den Gliedern der Familie diese Tätigkeit war, ist hier Nebenache. Dieser Zustand wurde aber bei seinem Aufhören — er existiert übrigens bis zu einem gewissen Grade

heute noch — nicht sofort durch die gewerbsmäßige, oder besser gesagt handwerklich-mäßige Form abgelöst. Es entwickelte sich aus diesem Zustand zunächst die Form der Hof- oder Gutsbäckerei, auch Klosterbäckerei.

Es ist nicht so leicht, ohne weiteres die Antwort darauf zu geben. Vor allem ist es hier nötig, uns Kenntnisse über die Art und Weise der jeweiligen Produktionsformen zu verschaffen, wobei sich dann die Verhältnisse, die die Einführung der Nachtarbeit bedingten, von selbst ergeben müssen.

Zeitochen wir uns den Prozeß des Brotbackens, so ersehen wir ohne viel Mühe, daß derselbe ein teils technischer und teils chemischer ist. Sowohl die technischen wie die chemischen Hilfsmittel waren aber bis in die neueste Zeit hinein die allerprimitivsten und was das wesentliche ist, zu allen Zeiten in ihrer Art und Form die gleichen.

Wirkung dazu; ihre schwache Triebkraft (Auflösung von Stärke und Zuckersäure) erforderte eine Auffrischung (Mehrmung) von Zeit zu Zeit, um endlich nach zehn- bis zwölftündiger Warteung und Pflege zum Teig-

Sie und in welcher Folge nun alle diese Einrichtungen getätigt wurden, ob die Vorbereitungsarbeiten und das Vermahlen des Korns am Tage und das eigentliche Brot-

Wir sehen nun, daß die Nachtarbeit im Bäckergewerbe keine Errungenschaft der Neuzeit ist, sondern, das darf ohne weiteres behauptet werden, einen Zustand bildet, der mit der Verteilung von Brot von Anfang an und mit allen Produktionsformen naturgemäß verbunden ist.

Alleerdings war diese Art Nachtarbeit keine immertwährende und regelmäßige, wie in der Gegenwart. Regelmäßig und fortgesetzt konnte sie schon deswegen nicht sein, weil der Zustand, jeden Tag frisches Brot zu backen, noch nicht üblich war.

Wir sehen nun, daß die Nachtarbeit im Bäckergewerbe keine Errungenschaft der Neuzeit ist, sondern, das darf ohne weiteres behauptet werden, einen Zustand bildet, der mit der Verteilung von Brot von Anfang an und mit allen Produktionsformen naturgemäß verbunden ist.

leider dafür auch viel zu günstig. Von einer Gefellensbewegung, die bei Aenderung der Verhältnisse die Menschenrechte der Arbeiterklasse hätte geltend machen können, war nichts zu merken, und die Punkte, die bis her die Meister im Konkurrenzampfe und damit auch in ihrem Ausbeuterdränge im Laume hielten, waren zusammen-

Wenn auch zugegeben werden muß, daß die ungelagerte und unternünftige Vorliebe des Publikums für immerfrischere Backwaren zum Frühstück mit ein Teil zur Einführung der regelmäßigen vollen Nachtarbeit beigetragen hat, so muß doch betont werden, daß es nicht das Publikum in erster Linie war, das den Ausschlag hierbei gab.

Das Taylor-System in den Bäckereien.

Bekanntlich zählen die Bäckermeister nicht zu der Gruppe der Unternehmer, die bestrebt sind, mit dem Fortschritt zu gehen, Neuerungen in der Technik auszunutzen, ihre Betriebe den Zeitverhältnissen anzupassen oder zeitgemäße Reformen in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen durchzuführen.

Wir können aber auch das Gegenteil von dem feststellen. Allerdings handelt es sich nicht dabei um die Anschaffung einer Maschine oder um die Verlegung des Bäckerei-

Abgabe der Schiffsbäcker.

Es soll nicht meine Aufgabe sein, hier einzelne Episoden aus einer abgegangenen Zeit zu berichten, vielmehr soll die kleine Erinnerung nur dazu beitragen, das kollektive Gedächtnis der jüngeren Mitglieder, die sich in der letzten Zeit einer der sogenannten „christlichen Seicht-er“ zugewendet haben, zu heben und den Weg zu zeigen.

Neue Erinnerungen reichen zehn bis zwölf Jahre zurück und sie liegen mir noch so gut im Gedächtnis, als hätte ich manches Ereignis erst vor Jahresfrist mitemgelebt.

Redden ich mich über häufige meiner Organisation an Bord, dem damaligen Bäckereibund, angehörenden Leute (trotzdem keineswegs noch gar nicht an eine eigene Zeitung der Schiffsbäcker und Konditoren zu denken war), denn ich es zunächst für meine dringende Pflicht, den Organisationsmitgliedern an Bord unter den Kollegen zu ver-

geschrieben, wenn das betreffende Schiff nicht angelegt hätte. Also, Kollegen, nicht gar zu ängstlich! Ihr denkt immer, Ihr seid bei einem Zusammensein, bei dem das Gewissen plagt, wenn er merkt, daß er einer organisierten Geiellen hat, und verzagt ganz und gar, daß die Korympeten auf den Schiffen auch Angehörige sind, die in ihren Vereinen auch für ihre Interessen eintreten können.

setzung ist selbstverständlich, daß sie ihr Verhandlungs- rats bei sich führen und in Ordnung halten. Jedenfalls ist dies vernünftiger, als in Hoboken oder in Hamburg-St. Pauli in den sogenannten Verbrecherkellern oder Ringeltangel und sonstigen Kneipen von den „Hierbrühen“ sich die Groschen aus der Tasche holen zu lassen.

Die Keinslichkeit, welche ein Bäcker von einem Bäckerbetrieb verlangt!

Zu Nr. 298 des „Extrablatt“, einer vielgeliebten Kopenhagener Abendzeitung, war folgendes Eingekandt vorhanden: Es war immer ein großes Vergnügen für mich als Junge, wenn ich durch die Türkluke in die Bäckerei hineinkommen konnte, wo der alte hilde Bäckereimeister seinen täglichen Spaziergang im Roggenbrotteig (Rugbrödsdejig) unternahm.

betriebes aus dumpfen schmützigen Kelleräumen, sondern um das Problem der intensiveren Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft. Das Taylor-System hat es den Vätern angetan, in ihren Hochzeitsreden dafür einzumischen. Welche wunderbaren Perspektiven eröffnen sich für den Unternehmer, wenn der Arbeiter zu einer lebenden Maschine umgewandelt werden könnte. Das Studium eines im Golde der Kapitalisten stehenden amerikanischen Gelehrten ist des Schweiges wert. Dieser Mann hat ausgemittelt, daß der Mensch mit der linken Hand dieselbe Arbeitsleistung verrichten kann als mit der rechten Hand, und dann bei einer bis in das kleinste Detail durchgeführten Arbeitsteilung eine Verdrei-, ja Vierfachung der Arbeitsleistung herbeigeführt wird.

Den Unternehmern muß doch das Herz im Leibe lachen und im Handumdrehen erwidern sie sich für dieses neue und gewinnbringende Ausbeutungssystem. In "Die Arbeiter", dem Organ der Münchner Innung, bespricht dieses neue Arbeitssystem unter der Überschrift "Kraftverwendung" ein Mitarbeiter mit dem Pseudonym "Dr. Politicus". Das Resümee klingt in den Sätzen aus:

"Mehr oder minder sind Teile dieses Systems ja schon da und dort eingeführt und jeder Gewerbetreibende wird zum Beispiel dafür sorgen, daß Gegenstände, die man oft braucht, in nächster Nähe liegen; daß die Einteilung der Werkstätte und ihre Einrichtung im Betrieb möglichst Zeit und Kraft sparend wird. Jedoch ist kein Zweifel, daß, wenn diese Fragen noch eingehend studiert und auch besonders die praktischen Erfahrungen in den einzelnen Betrieben dafür ausgenützt werden, dieses praktische und wirtschaftlichste System von der höchsten Wichtigkeit ist und auf die soziale Entwicklung sicherlich einen ähnlichen Einfluß ausüben wird, wie feinerzeit die Einführung der Maschine."

Diese Lobpreisung des Taylor-Systems hindert aber den "Dr. Politicus" nicht, in einer einige Wochen später erscheinenden Nummer gegen den arbeitsmenschlichen Planmäßig betriebenen Raubbau loszulegen. Dabei schreibt er:

"Es ist deshalb von größter Bedeutung, daß man allmählich auch wieder den wirtschaftlichen Wert des Menschen selbst entdeckt. Wo er entdeckt ist und wo die ungeahnte Energiekraft der freieren unangelegentlich menschlichen Arbeitskraft bei geeigneter Behandlung und Ausnützung von Tag zu Tag offensichtlich wird, muß sich auch immer klar zeigen, daß der ganze Reichtum dieser jüngsten, voll entwickelten Wertquelle nur beboben werden kann, wenn man immer feineres Netz von Institutionen zum Ausbau verlangt, durch welches verbütet wird, daß die enorm gewaltigen Ausnützungsmöglichkeiten zu einem raffinierten Ausbeutungssystem mißbraucht werden. Es wird nur dann darauf ankommen, nicht nur mit Zeit und Material, sondern auch mit Menschenwert und Arbeitskraft sparsamer umzugehen, um die ihnen, lang andauernden und guten Diensten im Betriebe zu ergötzen. Es muß mit der Technik des Mechanischen auch die Technik des Organischen verbunden werden; nur dadurch wird sich die letzte Fruchtbarkeit der menschlichen Energie ins Unermessliche und Höchste steigern können."

Ganz abgesehen von dem klaffenden Widerspruch in diesen beiden Zitaten, wovon in einem das Ausbeutungssystem in höchster Potenz gepriesen wird, mit derselben Stimme aber einige Zeit später dem Unternehmertum der schändlichste Rat gegeben wird, "mit Menschenwert und Arbeitskraft sparsamer umzugehen", wollen wir noch im Anschluß eine andere Meinung über das raffinierte Ausbeutungssystem hören.

Vom Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten Nordamerikas wurde eine Kommission zur Untersuchung des Taylor-Systems eingesetzt. Die Kommission kam zu

dem Ergebnis, zu empfehlen, dieses Ausbeutungssystem in den Staatsbetrieben nicht einzuführen. "Jedes System der Betriebsführung sollte das Ergebnis gegenseitiger Vereinbarung und Zustimmung sein, und so etwas erfordert Zeit. Mit der Regierung in der Fabrik sollte es sein wie mit der Regierung in einem Staate; sie sollte ihr Amt führen mit der Zustimmung der Regierten." Dann heißt es im Bericht weiter:

"Eine Maschine ist ein lebloses Ding, sie hat weder Leben noch Gefühl und auch keinen Platz in der sozialen Ordnung. Mit dem Arbeiter ist es eine andere Sache. Er ist ein lebendes, sich bewegendes, fühlendes und soziales Wesen, er ist berufen zum Genuß aller Rechte und Lebensmöglichkeiten und hat Anspruch auf Beachtung und Berücksichtigung wie jeder andere Mensch. Er würde aber weniger als Mensch sein, wenn er sich nicht auflehnte gegen ein System, das mit ihm umgeht wie mit einem Lasttier oder einer leblosen Maschine."

### Die Zentrumschriften nach dem Brotbäckerstreik in Köln und Düsseldorf.

Der christliche Industrieverband in Düsseldorf, zu dem auch einige Dübener Wäcker als Mitglieder gehören, versucht in jeder Nummer den wenigen Lesern den Nachweis zu erbringen, daß er viel radikalere sei als die "roten Badgenossen". Weil aber das kein Mensch glaubt, so verfallt sein Verbandsblättchen, mit dem falschen Namen "Die Solidarität" in förmliche Wutkrämpfe. Die Druderschwärze wird nur mehr zur Verunglimpfung und Verleumdung der "sozialdemokratischen" Gewerkschaften verwendet. Alles andere ist diesem sonderbaren Verbandsorgan Gottlieb Schulte. Was kümmern sich die Zeitungs-schreiber um die Mißstände in den Betrieben, um die kapitalistischen Ausbeutungsmaximen, um die Lohn- und Arbeitsbedingungen der christlich gesinnten Arbeiter — der schweige aller andern, welche nicht auf dem Boden der christlichen Weltanschauung stehen — und um die vielen Vorgänge im Wirtschaftsleben, die für die Arbeiter sicher von Interesse sind.

Zu diesem Zweck ist auch nicht die christliche, die gesamte Nahrungs- und Genussmittelindustrie umfassende Organisation gegründet worden. Die Beweggründe, welche dabei mißspielten, haben wir schon eingehend und vor gar nicht langer Zeit in einer sehr instruktiven Abhandlung an die Stelle geschrieben. Also nicht um der Kollegenchaft bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu sichern, sondern in der Hauptsache gegen die "sozialdemokratischen" Gewerkschaften anzukämpfen. Und diesen Tendenzen sind die Zentrumschriften bis heute treu geblieben. Keine Nummer der Verbandszeitung geht in die Länge, ohne daß nicht der größte Raum für Schimpfartikel gegen die "sozialdemokratischen Gewerkschaften" verwendet würde. So nebenbei wird noch der Versuch unternommen, über die wirtschaftliche Lage der Berufsangehörigen etwas zu schreiben und der verbleibende Raum zur Verherrlichung der allein seligmachenden christlichen Zentrums-gewerkschaften verwendet.

Von den christlichen Agitatoren weiß man schon längst, daß sie ihre Reden mit unermesslichem Zahlenmaterial aus den statistischen Erhebungen ipiden und die bei unsem Lohnbewegungen erzielten Erfolge als solche hinstellen, die von den Christen erreicht wurden. Wo würden auch diese Leute Beweismaterial herbeibringen können, um die Zusammenstimmung der Notwendigkeit des Anschlusses an die christlichen Zentrums-gewerkschaften überzeugen zu können? Das Verbandsblättchen veröffentlicht doch nichts über die gewaltigen Ertragsverluste seiner Organisation, es verlegt sich das ganze Jahr hindurch auf eine nicht-

würdige Anpöbelung und Verleumdung der "sozialdemokratischen" Gewerkschaften. Und darin hat sich ihm der Teufel angeschlossen, hat es sich im Laufe seines Bestehens eine Virtuosität angeeignet, um die wir es beglückwünschen. In diesem Frühjahr, als wir aus taktischen Gründen die Christen bei den Lohnkämpfen in einigen Städten mit-schleppen mußten, verstümmte das gehässige Geschrei in der "Solidarität", aber nur auf kurze Zeit. Als dann die Bewegungen beendet waren, gab sich aber das Verbandsblättchen die redlichste Mühe, das Versäumte wieder wett zu machen. Wie ein altes Fährweib freischte es nun über "unsere Unfähigkeit bei den Lohnkämpfen", schrieb von Abschlüssen-Gewerkschaften und maßte sich an, mit den wenigen Mitgliedern die Taktik bei solchen Kämpfen zu bestimmen. Ueber die Ursache des Ausganges der Kämpfe würgte die christliche Zeitung kein Sterbenswörtchen. Da fehlte ihm der Zwirn. Was aber den Christenführern an Verstand fehlte und an der Erkenntnis die Situation des Geschäftsfeldes zu überblicken, das versuchten die als Zeitungs-schreiber Angestellten durch großblabriges Geschimpf wieder auszugleichen.

Gegenwärtig ärgern sich die Zentrumschriften darüber, weil wir ihr ihre Jesuitentaktik in Köln durchkreuzten und einen dicken Strich durch die Rechnung machten. In der Brotfabrik von Müller in Mülheim ist es auch unserer Organisation gelungen, mit der Firma denselben Tarif abzuschließen, der kurz vorher mit den Christlichen vereinbart wurde. Diese Tatsache, welche von jedem ehrlichen und aufrichtigen Gewerkschaftler nur begrüßt wird, erregte aber bei den Christenführern die Leidenschaft im höchsten Grade, daß sie in der letzten Nummer der "Solidarität" in einer Spalte Gift und Galle auf die "roten Badgenossen" speien. Auf den Ruf von Unwahrheiten und freien Erfindungen, die sich der Artikelschreiber zurecht legte, wollen wir nicht eingehen. Es hieße Gulen nach Ähren tragen, wenn wir uns deshalb mit der schwarzen Fakultät auseinandersetzen wollten. Wir kennen die Weise, wir kennen den Text und kennen auch den Verfasser! Da ist zehn gegen eins zu wetten, daß, sobald wir ihm seine Lügen nachweisen, uns mit zehn neuen Schwindeln ge-antwortet wird. Wir freuen uns daher der Tatsache, daß es uns gelungen ist, in einem der größten Betriebe in Köln die Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten tariflich zu regeln und überlassen neidlos den Christlichen das Schwindeln.

Worauf die Zentrumschriften mit ihrer Taktik abzielen, das greift bald ein Blinder. Die Christlichen haben im vergangenen Jahre in der Nahrungs- und Genussmittel-industrie miserabel abgemittelt. In dieser Industrie waren am Jahres-schluss 1912 bei den freien Gewerkschaften 122 365 Mitglieder, die Zentrums-gewerkschaften hatten aber nur 10 358 Mitglieder in zwei Organisationen, dem Industrieverband und dem Tabakarbeiterverband. Bei den freien Gewerkschaften war eine Zunahme von 9551 Mitgliedern zu verzeichnen, die Christen dagegen verringerten ihre Mitgliederzahl um 161. Daher die ohnmächtige Wut auf die "sozialdemokratischen" Gewerkschaften. Die Christenführer haben nun einmal entzündet den Keim ihrer Organisationen; es will nicht vorwärts gehen. Dann kommt noch hinzu, daß ihnen das Oberhaupt der katholischen Kirche — der Papst — wegen des Zusammengehens mit Andersgläubigen großt und seine schützende Hand von ihnen zog, wodurch sich die Geistlichen von der Agitation für die Zentrums-gewerkschaften zurückziehen müssen und die Stellungnahme einflussreicher Leute in der Zentrums-partei.

Die Zentrums-gewerkschaften sind dadurch in eine ver-zweifelte Lage geraten. Die große Hilfe, welche ihnen früher von der Mexerei bereitwilligst geliefert wurde, hat

bestanden. Ich sehe nun zufällig auf meine Fingernägel. Die waren garniert mit eifigen, schwarzen Kraxen-kraxen! Selbstverständlich war das ein reiner Zufall. — Nein, ich meine, man sollte davon ausgehen, daß in jeder Wäcker das ganze Personal vom Meister bis zum jüngsten Lehrling dazu unterworfen wird, daß sie ihre Hände und Füße einem umfangreichen Reinigungsprozeß mit Bürste und Seife unterziehen, bevor sie während der Nacht in einem Zimmer mit Feder, Butter und Mehl kommen, um zu dem lederen Weißbrot (Gbedebrot) Verwendung zu finden. — Aber ich muß bekennen, daß ich von diesem Prozeß ab auf das Wienerbrot verzichte.

### Zur Geschichte des Boykotts.

Mit Recht konnte Kollege Alman auf dem Hamburger Gewerkschafts-kongress feststellen, daß bei uns in Deutsch-land der Boykott eines der jüngsten gewerkschaftlichen Kampf-mittel sei. Berücksichtigen wir die Geschichte des Boykotts, so finden wir, daß (abgesehen von den Kampfmethoden der Sklavenslaven im Mittelalter, die ebenso furchtbar und ge-waltig gewesen sein müssen) derselbe, ehe er zu uns kam, schon in Irland und Amerika oft und vielfach an-gewendet wurde. Sein Name wird wie folgt abgeleitet: In Irland befanden sich im Jahre 1879 und folgende Jahre viele Wäcker in einem großen Notstande. Einerseits war die dortige Konkurrenz, andererseits eine Übererschraubung der Wäcker durch die Großgrundbesitzer zu bezeichnen. Die Wäcker traten zusammen und berieten. Es war in einer Versammlung in Ennis, im September 1880, wo der erste Führer, der Irlander Bannell, in seiner Rede die folgende Auffassung äußerte: "Was hat einem Wäcker zu geschehen, der nicht um ein Wäcker bewirbt, aus dem ein anderer verdrängt worden ist?" Einige Stimmen riefen: "Ersticht Bannell beantragte diese Zwischenfrage in seiner Rede: "Ich glaube, ich höre jemand rufen: Ersticht mich! Ich will Euch einen besseren Weg bezeichnen, einen unerschütterlichen und liebreicheren, der dem verlorenen Manne den Boden gibt, zu bereuen. Verzieht jemand ein Wäcker, aus dem ein anderer unerschütterlich vertrieben worden ist, dann zeigt auf der Straße, wenn Ihr ihm begegnet, und sagt: Auf ihn, macht ihn kenntlich auf der Vogel-straße, auf dem Markt, in der Werkstätte dadurch, daß Ihr ihn weidet wie einen Ausfälligen! Tut ihm so Eure

Abknecht vor dem Verbrechen, das er begangen, kund." Dieser Rat Bannells wurde zuerst gegen einen Kapitan Boykott zur Ausführung gebracht. Charles Cunningham Boykott lebte Ende der achtziger Jahre in Lough Swilly, Grafschaft Mayo, als Grundbesitzer und Agent von Lord Erne. Er hatte dort die kleinen Wäcker zu überwachen, damit sie ihre Kontrakte gegen ihre Gutsherren erfüllten. Er ver-führte dabei mit unerbittlicher Strenge. Härtehaftigkeit und Schikane, so daß durch die ganze Grafschaft hin niemand verhaßt war, als er. Im Herbst 1880 hatte die Er-bitterung einen solchen Umfang angenommen, daß die nationale Landliga gegen ihn vorgehen beschloß. Ge-waltmaßnahmen wurden nicht für gut befunden, statt dessen wurde aber, als der Rat Bannells bekannt geworden war, die allgemeine Achtung gegen ihn ausgesprochen. Alle seine Arbeiter kündigten unmittelbar vor der Ernte, so daß er — er hatte selbst Land gepachtet — sein Getreide nicht einbringen konnte. Die Diensthoten verließen sein Haus. Nun versuchte er, von auswärtig neue Arbeitskräfte zu werben und durchzuziehen zu diesem Zweck das ganze Land. Alles ohne Erfolg. Obgleich jetzt Tausende hungernder Arbeits-losen zu jedem Preise Arbeit zu nehmen gewillt waren, so meldete sich bei Boykott kein einziger. Die Arbeiter wollten ihn nicht haben, die Hotelbesitzer gaben ihm kein Obdach. Schlächter, Wäcker, Krämer usw. verkauften ihm keine Lebens-mittel. Sein gemästetes Vieh, welches er auf den englischen Markt zu schicken im Begriff war, mußte unterkauft bleiben, da auch die Eisenbahngesellschaft den Transport nicht über-nehmen wollte. Die Regierung kam dem Ausgestoßenen schließlich zu Hilfe. In einer entlegenen Gegend Irlands, wo die Landliga wenig Einfluß besaß, wurde eine Schar Arbeiter gemietet und unter starkem militärischen Schutz nach Lough Swilly gebracht. Allein die Angeordneten kamen für die Ernte zu spät; das Getreide war auf dem Felde verfault. Die Arbeiter mußten ununterrichteter Sache wieder weggehen; die Kosten für den militärischen Schutz sollen ungeheuer gewesen sein. Boykott selbst war nun ein ruiniertes Mann. Englische Grundbesitzer vertrieben ihn, um von der Ursache wiederholten Auftrages befreit zu sein, mit Geldmitteln zur Auswanderung.

Boykott soll 1881 in Nework gewiesen sein, 1883 war er aber schon wieder in Irland. Diesmal hatte er seine Stellung jedoch geändert. Er ging in das Lager seiner ehemaligen Gegner und brachte es bald zu einer gewissen Popularität.

Der Erfolg des geschiederten Kampfes spornete zur Wiederholung bei andern Gelegenheiten an und man nannte es nun Boykott. Wohlhabende Personen wurden boykottiert, aber auch diejenigen, die nicht mit boykottieren wollten, wurden ebenfalls boykottiert. In Irland soll es vor-gewonnen sein, daß man boykottierten die Teilnahme am Gottesdienst verjagte, ihre Kinder wurden aus der Schule gewiesen, kein Arzt durfte sie besuchen, und selbst über den Tod hinaus blieb der Boykott in Geltung. Niemand durfte einem Leichenbegängnisse eines Boykottierten be-wohnen oder ein Grab für ihn graben. Zu einer weiteren An-wendung kam das System dann in den Vereinigten Staaten. Die Unternehmer sollten bestimmt werden, bei einem Streik angeworbene Arbeiter zu entlassen. Eine Spezialität der amerikanischen Arbeiter war auch das Boykottieren der Zeitungen. Beim Boykott der "New Yorker Tribune", 1884-85, gab der Gewerkverein ein eigenes Wochenblatt, "The Boykott", heraus, das eine Auflage von 30 000 Exemplaren erzielte. Die Organisation der "Arbeiter der Arbeit" hatte 1884 nicht weniger als 23 Zeitungen boykottiert. Im Jahre 1885 wurden neben Zeitungen in New-york schon Rindfleisch, Güte, Zeugwaren, Centrose, Schürzen und Romane-jährliche bestimmter Firmen boykottiert. Zigaretten, die in der Hausindustrie hergestellt wurden, nicht zu vergessen. Als das beste Mittel der Selbst-verteidigung wurde in Amerika also schon damals der Boykott angesehen. Die Berechtigung seiner Anwendung fan-den die Yankee sogar in der Bibel begründet; denn es heißt beim Apostel Paulus, Epistel an die Thessalonier, Kapitel 3, Vers 11-14: "Es aber jemand nicht gehorcht ist unserm Worte, den zeichnet an durch einen Brief, und habe nichts mit ihm zu schaffen, auf daß er scham-rot werde."

Von den Vereinigten Staaten fand der Boykott seinen Weg dann nach Deutschland, wo er in größerem Maßstabe zuerst 1889 von den Berliner Arbeitern angewandt und mit gutem Erfolg gegen die Wirte und Bierbrauereien durchgeführt wurde. Seit dieser Zeit ist der Boykott in das Waffenarsenal der deutschen Gewerkschaften aufgenommen. Auf Parteitagungen und Gewerkschaftskongressen sind diese Kampf-mittel besprochen worden. G. H., Essen.

# Wer als Wahlberechtigter an den jetzt stattfindenden Ausschusswahlen seiner Krankenkasse nicht teilnimmt, verlegt seine Pflichten als Rassenmitglied und als organisierter Arbeiter in grober Weise!

Ich sogar teilweise in eine Bekämpfung dieser Gewerkschaften umgewandelt. Nun müssen sie versuchen, diese Gasse wieder zurückzuerobieren. Durch ein planmäßiges Vorgehen bei Lohnkämpfen wird das aber nicht möglich sein, das höchste Sympathie würden sie sich dann noch dollends beschaffen; so bleibt den Zentrumsgelehrten nichts anderes übrig, als über die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften herzufallen. Anders umschrieben: Das Schimpfen gegen die freien Gewerkschaften gehört bei den Christlichen zur Selbsthaltung, sie führen sich dadurch das Wohlwollen in den umangehenden Kreisen der Zentrumspartei und der Kirche, worauf sie angewiesen sind und ohne das sie nicht existieren können.

Erreichen werden die Christlichen mit dieser Taktik nichts. Damit läßt sich kein Arbeiter überzeugen, daß er Mitglied der Zentrumsgelehrten werden muß. Für diesen handelt es sich darum, welche Macht hinter einer Vereinigung steht, um seine Lebenshaltung zu verbessern zu können. Sobald sich aber die Arbeiterkraft in der gewerkschaftlichen Bewegung umsieht, kommt sie zu dem Entschluß, daß die Macht auf Seiten der freien Gewerkschaften ist. Daher der Zutritt zu den freien Gewerkschaften, daher der Rückgang der Zentrumsgelehrten. Sagen wir die schwarze Fackel schwingen jenseit der Gasse, wir marschieren trotzdem vorwärts!

## Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden.

Die Verzeichnungsarbeiten über die Arbeitslosigkeit für das dritte Quartal dieses Jahres ergaben von 30 Vereinigungen mit 2046 000 Mitgliedern, von denen 1 994 361 durch die Verzeichnungsarbeiten erfaßt wurden. Arbeitslos an Ort und Stelle für die letzte Woche des Monats September gemeldet 48 967; auf der Reise waren 472. Arbeitslos waren also 54 939 Personen, gleich 2,7 vom Hundert des Mitgliederbestandes. Ende August betrug diese Verhältniszahl 2,8. Ende Juli 2,9. Im September des Vorjahres wurden 14 774 Arbeitslose gezählt. Ein Vergleich mit dem Zahlen der Vorjahre ergibt, daß die Arbeitslosigkeit im dritten Quartal dieses Jahres ungefähr gleich groß ist, zum Teil noch etwas größer ist als in dem wirtschaftlich ungünstigen Jahre 1906.

Die Arbeitslosenziffern der bezüglichen Verbände weisen große Schwankungen auf. Mehr als 3 pzt. Arbeitslose hatten im September vorigen Jahres 9 Verbände mit 148 173 Mitgliedern = 6,3 vom Hundert; im September dieses Jahres hatten 17 Verbände mit 48 637 Mitgliedern = 3,5 vom Hundert mehr als 3 pzt. Arbeitslose.

Die meisten Arbeitslosen hatten Ende September die Dornier- und zwar 11,8 pzt.; an zweiter Stelle stehen die Glaser mit 13,3 pzt. Arbeitslosen. Unter Verbandsgröße 6,7 pzt. Arbeitslose gegen 3,6 pzt. im September 1912.

Die Gewerkschaften der Arbeitervereine, die in der Verhältniszahl der Fälle von Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kommen, betrug im Durchschnitt 2,2 vom Hundert. Im Vorjahr betrug diese Ziffer 2,5. Die Ziffer ist also besser als im Vorjahr. Neben dem Durchschnittswert von 2,2 pzt. haben 19 Verbände mit 47 957 Mitgliedern. Unter diesen sind vier Verbände, die sich mit 10,3 pzt. Arbeitslosen stellen an zweiter Stelle befinden. Gegen das zweite Quartal (10,8 pzt.) sind die Arbeitslosenziffern etwas zurückgegangen; gegen das gleiche Quartal des Vorjahres (13,7 pzt.) im großen die Steigerung eingetreten.

Die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit betrug bei diesen Verbänden 19 Tage; im Gesamtverbanden (einschließlich der Verbände der Dornier) betrug die Dauer eines Arbeitslosenfalls 17 Tage. Die Gesamtdauer der Arbeitslosigkeit betrug bei diesen Verbänden 3 574 004; davon waren 266 25 Arbeitslose. Die gesamte Arbeitslosenziffer der bezüglichen Verbände im dritten Quartal betrug 4 313 73, das sind 2,1 vom Hundert mehr als im gleichen Quartal des Vorjahres. Die durchschnittliche Arbeitslosenziffer betrug im dritten Quartal des Vorjahres 2,3 pzt. im gleichen Quartal des Vorjahres. Unter Verbandsgröße an 1431 Personen für 19 790 Tage = 2,631 pzt. Arbeitslosigkeit und an 496 Personen für 1906 Tage = 2,466 pzt. Arbeitslosigkeit. Gewisse Verbände zeigen wieder für die letzten Monate ungewöhnlich hohe Arbeitslosenziffern, und es ist bei diesen Verbänden ersichtlich, wenn der Ruf nach einer vollständigen Arbeitslosenversicherung immer lauter erklingt.

## Die Syndikats-, die ringfreie Seite!

Der Präsident im Bundesverband der mit gutem Grund das ganze Syndikat mit der Lanze haben, nicht in den ständig zurückgehenden ungelassenen Jahren ein sich zu verschärfender Gegner zu werden. Das Syndikat der Handwerker hat sich wieder als selbstbestimmendes Organ. Es wurde mit Recht behauptet, daß durch diese und viele der Vorgänge, die sich im Syndikat abspielen, nicht nur die Handwerker, sondern auch die Arbeitgeber und die Arbeiter in der Industrie zu Schaden kommen. Die Verhandlungen zur Einheitskassierung haben leider dabei auf eine Verzerrung der Arbeitslosenversicherung geführt. Das ist eine sehr bedauerliche Tatsache, die sich nicht nur bei den Handwerkern, sondern auch bei den Arbeitern in der Industrie zeigen. Die Verhandlungen zur Einheitskassierung sind ein Beispiel für die Notwendigkeit, die Interessen der Arbeiter und Handwerker zu verteidigen. Es ist nicht Aufgabe der Arbeitgeber, solche Verkürzungen der Arbeitslosenversicherung zu unterstützen.

Die Innungsführer wußten aber diese Einwände zu zerstreuen. Die einflussreichsten Elemente wurden auf diplomatische Art von ihrer Opposition abgebracht und der Masse der hinter den Führern Trotzenden wurde durch die mit dem Syndikat ausgehandelte Einrichtung des Geseververbandes Gönng um den Mund geschmiert. So wurden auf der Stuttgarter Tagung die Maßnahmen des Vorstandes genehmigt, obwohl eine Fülle von berechtigten Gründen über die schlechte Qualität und die hohen Preise über den Vorstand erging. Dieser hielt wie ein Fels der wogenden Meeresbrandung stand und wehrte das Syndikat.

Die aufgeregten Gemüter haben sich aber doch nicht beruhigt. Den Handwerkern will es nämlich nicht einleuchten, daß der Verband und die Innungen den Reibach allein einstecken und sie als die Verkörper der Gese mit einem kleinen Trinkgeld abgepeißt werden. Unter der Woche glimmte es weiter.

Dem Syndikat ist es aber ebenso wenig wie den Innungsführern gelungen, die Industriellen unter einen Hut zu bringen. Die Innungen wiederum benutzten die Stimmung unter den Handwerkern und erzählten auch tatsächlich, daß die ringfreie Seite sich mehr und mehr einbürgerte. Nun erst jährt das Syndikat zu einer Gerabehung der Preise. Dabei kann festgestellt werden, daß die Preise für ringfreie Gese weit unter dem der Syndikatsgese stehen. Ringfrei ist der Preisübergang auf die planmäßige Organisation der freien Vereinigung deutscher Handwerker zurückzuführen. Diese Organisation steht wohl bezüglich der Mitgliederzahl weit hinter dem Innungsverband. Natürlich argen sich die bezüglichen Innungsführer und Syndikatsverbände nicht über deshalb, weil die aus dem Geseverband in die Innungen fließenden Gelder immer weniger werden, sondern, weil die Innungen schon vor den Dörfern stehen, weil diverse Handwerkerführer an dem Florieren des Syndikatsgeschäfts persönliche Vorteile im Auge haben. Als Aufsichtsratsmitglied im Syndikat aber in einer Geseversammlung gibt es bekanntlich auch für reichliche Dividenden. Und warum sollten dann die Herren nicht für einen guten Hauch sorgen, wenn gleichzeitig sie einen schönen Profit haben. Warum der Ärger gegen die ringfreie Arbeit der Innungen.

Künftig hat der Präsident Verward vom Innungsverband seine Kollegen, doch enthält die Innungspolemik gegen das Syndikat einzustellen. Das wird aber ein rommer Schein bleiben; wie die Tatsachen zeigen, kommt sich kein Mensch um die Worte des Präsidenten. Der Kampf wird weitergeführt. Dabei entschließen den Führer des Bundes allerlei Maßnahmen, aus deren Sinn wir einen Vorgang behaupten wollen.

Im Lager der freien Handwerkervereine reißt sich ein Syndikatsgegner an dem Geseverband einer in Köln erscheinenden Handwerkerzeitung. Dem Redakteur Kumpmann, einem früheren Handwerker, wird nachgewiesen, daß er ein Vertreter des Geseverbandes sei, der seit Jahren die ringfreie Seite die Interessen der Handwerker nicht mehr vertritt. Seine in dieser Zeitung veröffentlichten Ausführungen über eine Tagung der ringfreien Handwerker werden als Blödsinn, Lüge und Schwindel bezeichnet. Kumpmann wird der Rat erteilt, seinen Posten als Vorsitzender des Innungsverbandes niederzulegen und sich frei und offen als Vertreter des Syndikats zu betonen. Kumpmann verwarf diesen Vorwurf dadurch, daß er behauptete, daß er erklärt, er halte es für unter seiner Würde, auf einen bezügelten Angriff aus nur ein Wort der Aufregung zu bringen. Damit wird aber der angegriffene Verband nicht aus der Welt geschafft, er bleibt bestehen.

Als die der Interessenerhebung für die Geseverbanden sein es möglich gleichgültig sein, welche Einrichtung sich die Handwerker bei dem Bezug der Gese schaffen. Wenn sie ein Kapitalistensyndikat unterstützen wollen, so ist es ihre Sache. Die Syndikatsbeziehungen laufen aber auf etwas anderes hinaus. Die Innungsführer erstreben damit, die Mitglieder in allen wirtschaftlichen Fragen von dieser Einrichtung abhängig zu machen. Bei Lohnkämpfen mit der Geseverbanden versuchen schon früher die Schwarzarbeiter, die Materialpreise über solche Betriebe zu verschärfen, welche die Geseverbanden unterstützen. Das ihnen aber damals nicht gelungen ist, glauben sie nun verwirklichen zu können mit Hilfe des Geseverbandes.

Die Schwarzarbeiterpläne werden allerdings im Handwinken nicht zur Durchführung gelangen. Es kommen bei wirtschaftlichen Kämpfen noch andere Faktoren in Betracht, die den Handwerkern einen bösen Strich durch die Rechnung machen. Immerhin gebietet die Vernunft die Beobachtung der Vorgänge im Innungsverband.

## Ins den Halberstädter Schokoladenfabriken

Es wünschenswert, wie die Halberstädter Nachrichten sind die Arbeiter der hiesigen Industrie Halberstadts in gerade nicht aber sehr beruhigender und zum Teil die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterklasse dieser Branche. Es sind in Halberstadt drei Fabriken vorhanden. Die größte ist die Fabrik der Gebr. Siemens mit über 100 Beschäftigten in der Fabrik, dann Gerlach mit annähernd 80 Arbeitern und Scherrens und Siemens & Gölz mit gegen 30 Arbeitern. Bei Gerlach gelang es in den letzten Tagen durch die Geschäftsführer der dort beschäftigten Kollegen, einige Verbesserungen zu erreichen. Es sind in diesem Fall Verhandlungen, die die Gewerkschaft auch von den Arbeitervertretern zu vertreten sind, und für die besten zur Förderung der Geseverbanden wurde im Grunde 2 4 gegeben werden. Das hat ganz besonders großes gesundheitliche Interesse für die Arbeiter, die in der Fabrik Gerlach hat in ent-

gegenkommender Weise mit einer gewählten Kommission der Arbeiterkraft wie auch mit dem Bezirksleiter, Kollegen machte, verhandelt, und so konnten für diesen Betriebsbereich wesentliche Verbesserungen für die Kollegenschaft in schiedlich-friedlicher Weise erreicht werden. Der Gölzbusch war es besonders das Verhalten des Laboranten Hoffmann und des Lageristen Meyer, welches die größte Empörung hervorgerufen geeignet war. Maßnahmen sind doch diese Herren sehr häufig so, daß man sich viel eher in die Nähe eines ozeanischen Ozeanisches, als in der Nähe einer mittelständischen Schokoladenfabrik verjetzt hätte. Die Kollegenschaft kam in zwei Versammlungen zusammen, um sich mit den skandalösen Behandlungsmethoden, die diese beiden Herren der Arbeiterkraft gegenüber anwenden, zu beschäftigen. Die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse gaben in dieser Fabrik bisher noch keinen besonderen Anlaß zur Klage. Sie sind hier am Orte die besten. Es gibt in dieser Fabrik auch keine Strafen, ebenso wird niemand visitiert. Auch in diesem Falle war mit Genehmigung zu konstatieren, daß Herr Gölzbusch, als er von diesen Vorfällen Kenntnis erhielt, sofort die notwendigen Maßnahmen traf und den genannten Herren Anmachte, daß auch die Arbeiterinnen Menschlich sind und er in seiner Fabrik eine ungeliebte Behandlung des Personals nicht weiter dulden werde. Es hat sich demnach hier gezeigt, daß durch Einigkeit und Geschlossenheit der Arbeiterkraft einetens und das sozialverträgliche Verhalten eines Arbeitgebers andererseits sehr wohl weittragende Konflikte im beiderseitigen Interesse bewirkt werden können.

Bei der größten Fabrik von Gebr. Siemens, die wegen ihres ständigen Wechsels der Arbeitskräfte von der Arbeiterkraft als Laubenschlag bezeichnet wird, lassen dagegen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse so ziemlich alles zu wünschen übrig. Die notwendige Geschlossenheit der dort Beschäftigten ist leider noch nicht vorhanden. Eine vielfach protegierte Schmarotzergesellschaft mehrerer Mitarbeiter, die jedoch ebenfalls sehr oft wie die Nachbarn über die Verhältnisse schimpft (selbstverständlich nur, wenn sie sich unbeschadet glaubt), verhält sich hier, dem Herrn Arbeitgeber als allezeit getreue Helfer in der Not zur Seite zu stehen. Am 14. November sollte auch für diese Fabrik eine Betriebsversammlung sein. Als die Arbeiterkraft am Versammlungstage die Fabrik verließ, fanden gleich zwei Polizeibeamte und auch noch ein Kommissar aus Halberstadt, um die Arbeiterkraft dann getrennt ein Stück ihres Weges, der am Geseverbandshaus vorbeiführt, zu begleiten. Am Geseverbandshaus blieb dann auch noch ganz zufällig (?) einer der behelmten Ordnungshüter vor dem Eingang stehen; aber dieser Schmutzengel konnte es nicht verhindern, daß dennoch ein Teil der Beschäftigten in die Versammlung ging. In derselben produzierte sich dann ein Arbeiter als Kapitalreiter.

Was für Mittel denn auch mehr Arbeitswilligen für die bestehenden Unternehmen heute schon zur Verfügung stehen, zeigte das hier beobachtete, ganz und gar gründliche Vorgehen der Polizei schlagend. Ein solch arbeiterfeindliches, reaktionäres Verhalten wird nur durch die Geschlossenheit und Kraft der Organisation beseitigt werden können. Deshalb, Kollegen und Kolleginnen der Schokoladenfabriken Halberstadts: Ginein in den Verband!



## Verbandsnachrichten.

### Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Der Bezirksleiter Prochaska in Görlitz, der in Deutschland seiner Wirkstätte genügt hat und sich immer in dem Glauben befand, daß er deutscher Staatsangehöriger sei, ist plötzlich als „fälschlicher Ausländer“ aus Preußen ausgewiesen worden.

Es wird nun für den Bezirk Görlitz ein Bezirksleiter gesucht. Nur solche Kollegen sind zur Bewerbung um diesen Posten zugelassen, die mindestens drei Jahre Mitglied unserer Verbände sind, die bereits Vertrauensposten als Vorstandsmitglieder, Bezirks- oder Verbandskommissar einer Instanz bekleidet haben und die Verhältnisse in Görlitz und Umgebung kennen.

Kollegen, welche die Fähigkeit zur Ausübung dieses Postens haben, wollen ihre Bewerbung bis spätestens 5. Dezember d. J. an den Unterzeichneten einreichen.

Das Mitgliedsbuch Nr. 6116, lautend auf Franziska Wurgay, eingetretten am 31. Oktober 1912 in Gamlitz dem Jahrbuch auf der Herberge zur Heimat in Remscheid geföhrt worden. Dem Mitgliede Reinhold Gölzhardt ist das Mitgliedsbuch Nr. 40 196 auf der Herberge in Halle a. d. S. abhanden gekommen. Bei etwaigen Vorfällen sind die Bücher einzuhalten und an den Vorstand zu senden.

Der Verbandsvorstand.  
J. A. D. Kilmann, Vorsitzender.

Drittung

Vom 17. bis zum 22. November gingen bei der Hauptversammlung folgende Beträge ein:

- Für Oktober: Osthilf 261,96, Stuttgart 302,31, Braunschweig 335,99, Mühlhausen 140,08, Grimmlingen 69,42, Heilsfeld 113,58, Hofst. 142,05, Gannau 18,25, Halberstadt 106,25, Brandenburg 125,82, Gagen 64,75, Einbach 76,47, Breslau 502,38, Danzig 252,50, Metz 50,53, Schwerc 63,60, Hildesheim 32,33, Saarbrücken 183,30, Landberg a. d. R. 33,05, Weiswasser 28, Nürtingen 132, Leisnig-Döbeln 83,32.

Von Einzelzahlern der Hauptkassier: F. D. Mühlhausen 2, H. N. Jovan 21, F. H. Vengesehl 1,80, H. K. A. A. 5, O. S. Wilmann 6, H. S. H. H. 4,80, F. W. G. G. G. 6, H. D. G. G. 4,80, C. H. H. H. 10, G. G. G. G. 13,85.

Für Honorare und Anzeigen: Völkervereinigung in Charlottenburg 2,50, G. H. München 13, Kollegen in Oberwalde 4, Weiswasser 2.

Mit der Hauptkassier restiert für Oktober: 11,00.

Freundschaft wurde Stuttgart unter den Neuesten genannt, die die Nachweisung zur Statistik nicht einbrachten, es soll Etzinger heißen.

Der Hauptkassier: O. Freitag.

Aus den Bezirken

Aue i. Erzgebirge. Die Adresse des Bezirksvorsitzenden: Hugo Zelle, Friedrich-August-Strasse 22, Gildesheim. Die Adresse des Vorsitzenden ist ab I. Decker: Heinrich Schab, Kesslerstr. 11a, I. Et.

Sterbetafel

Magdeburg-Wittenberg. Anna Schmulius, Arbeiterin, gestorben am 17. November 1913. Ehre ihrem Andenken!

Schulbewegungen und Striks

Die Verhältnisse der Schulbewegungen werden erfasst. Bei den Verhandlungen über die Tarifabschlüsse sind die Interessen der beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen zu berücksichtigen.

Bäder

Tarifabschluss in Weimar. Der Organisation ist es hier gelungen, Vertragsbestimmungen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen in den Bädereien festzusetzen. Die Bädermeister wurden nachstehendes vereinbart:

- 1. Arbeitszeit. Dieselbe ist die gewöhnliche, täglich zwölf Stunden inklusive einer Stunde Pause. Sonntags beträgt dieselbe acht Stunden, jedoch muß dieselbe freitags überbrückt sein.
- 2. Kost und Logis. Kost und Logis wird den Geheilen nicht mehr gewährt. Dafür wird eine Entschädigung von 12 pro Woche gewährt.
- 3. Lohn. Der Mindestlohn für letzte Gehilfen ist 24 pro Woche. Für verantwortliche Köche dementsprechend mehr. Die vor dem Tarifabschluss bereits höher lebenden Löhne dürfen nicht gekürzt werden.
- 4. Ueberstunden. Sind notwendig machende Ueberstunden werden mit 50 % pro Mann und Stunde bezahlt. Als Ueberstunden gelten alle Arbeiten über zwölf Stunden täglich und über acht Stunden Sonntags.
- 5. Ferien. Jedem Gehilfen wird als Ersatz für den arbeitenden Sonntag, außer den drei hohen ersten Festtagen im Jahr in den Sommermonaten drei Tage Urlaub mit Fortzahlung des Lohnes gewährt. Jedoch müssen die Gehilfen mindestens seit dem 1. Januar desselben Jahres im Betrieb beschäftigt sein.
- 6. Arbeitsnachweis. Bei Bedarf von Arbeitskräften sind dieselben vom Arbeitsnachweis des Verbandes der Bäder und Konduktoren zu beziehen. Derselbe stellt tüchtige und genügend Leute zur Verfügung.
- 7. Regelung von Differenzen. Bei vorzunehmenden Differenzen ist zuerst der Vertreter des Verbandes der Bäder und Konduktoren zur Schlichtung der Differenzen hinzuzuziehen; wird dadurch keine Einigung erzielt, wird ein Schlichtsgericht gebildet, bestehend aus je zwei Personen der beteiligten Parteien unter Vorsitz eines unparteiischen Vertreters des Gewerkschaftsrates zu Weimar.
- 8. Abmachungen wegen Entretens für diese Abmachungen dürfen nicht stattfinden.
- 9. Tarifdauer. Diese Abmachungen gelten vom Tage der Unterzeichnung bis zum 1. März 1915. Nach dem Ablauf eines Monats vor Ablauf der Geltungsdauer muß mit einer der Beteiligten gekündigt, so besteht es ein Jahr.

Bei geschlossenem Zusammenhalten der Verbände, muß es auch gelingen, in den übrigen Betrieben den Vertrag einzuführen.



Korrespondenzen

Bader

Köln. Am 19. November fand in Köln eine öffentliche Versammlung statt. Sechs Tage soll es dauern, unter dem Thema: Der selbstbetretende Bezirksleiter Kolbe Bachmann führte hierzu aus, daß diese Forderung nach christlicher Berechnung schon über 5000 Jahre besteht. Wenn man heute noch so langer Zeit noch um diese Forderung kämpfen muß, so kommt das daher, daß die Kirche, die Arbeit, die bittlichen Geister die höchsten, weil von Gott gegeben, ihre Macht, die sie schon immer besessen hat, nicht mehr verliert, wie gebraucht hat, ihre eigenen Geister zu unterwerfen. Wir haben somit keine Hoffnung, daß wir auf dieser Seite jemals Unterstützung in unserem Kampfe

erhalten werden. Zum Beweise dafür führte Redner an, daß die siebenjährige Arbeitswoche in der Bäckerei vor ungefähr 200 Jahren unter der Herrschaft der Kirche eingeführt worden ist. Weiter führte er an, daß der Verband, der durch seine Stärke in verschiedenen Orten diese Forderung schon durchgesetzt hat, im vorigen Jahre eine Petition an die höchste gesetzgebende Körperschaft, den Reichstag, abgesandt habe. Diese Petition ist aber bisher überhaupt noch nicht behandelt worden und früher eingebrachte Petitionen hat man niedergestellt. Die Regierung habe jedoch alle Ursache, dieser Frage recht bald näherzutreten, da doch der Kaiser schon bei der Eröffnung des Reichstages im September 1890 erklärte, die Einführung der sechs-tägigen Arbeitswoche für alle Arbeiter, die sie noch nicht haben, sei die erste Aufgabe der Sozialgesetzgebung. Er trat damals vor allem für die Sonntagsruhe ein. Die Regierung habe sich überzeugt, daß diese ohne Nachteile für andere Interessen durchgeführt werden könne. Das Recht auf eine sechs-tägigen Arbeitswoche ist also doch anerkannt! Auch Nationalökonom und Volkshygieniker haben schon seit Jahrzehnten diese Forderung erhoben. Aber unsere honeste Gesellschaft mit ihrer gottgewollten Ordnung und ihrem Christentum habe bis jetzt noch keinen Finger krümmen gemacht, diesen sozialen Schandfleck vom deutschen Volke zu nehmen. Hier bleibt uns, so schloß der Redner, nichts anderes übrig als die Selbsthilfe. Selbsthilfe heißt in diesem Falle eine starke Organisation. Schaffen Sie sich die, indem Sie Mitglied werden, und auch das heilige Köln muß die Forderung der Organisation anerkennen gleich anderen Städten. Alle Diskussionsredner äußerten sich in zustimmendem Sinne und bezeichneten das Vorgehen des christlichen Nahrungsmittelverbandes, der seiner Verpflichtung treibenden Aufgabe getreu, an gleicher Lage eine Versammlung einberufen hatte. Eine Resolution im Sinne des Referats fand einstimmige Annahme.

Sten. a. d. Ruhr. Etwas aus einer modernen Brotfabrik. In diesem Frühjahr schied der „Brotfabrikant“ einen Artikel mit der Überschrift: „Eine traurige Nebenerscheinung im Bäckergewerbe.“ Gassenfroh nimmt die Redaktion des „Brotfabrikanten“ auch von folgender traurigen Nebenerscheinung Platz und verleiht sie ihrer Wappe ein. Reinlichkeit soll bekanntlich der oberste Grundsatz für das Bäckergewerbe sein und jetzt man solche in einem modernen Betrieb auch vorant. Daß sie trotzdem nicht immer anzutreffen ist, beweist nachstehender Fall. In der Brotfabrik von Albert Köster in Altsiefen ist vom Betriebsinhaber die Anordnung getroffen, daß die Geheilen Handtücher selbst stellen müssen. Für eigentlichen Betrieb werden von der Firma zwar wöchentlich zwei Handtücher verabreicht — wohlgerichtet, für einen Betrieb, im acht Mann in zwei Schichten arbeiten! In einem modernen Bäckereibetrieb gehört aber auch eine Badeeinrichtung, und sie ist vorhanden. Wer aber nur ihr Gebrauch machen will, hat sich die notwendigen Handtücher selbst mitzubringen. Das ist aber speziell für unberbeitete Kollegen nicht so leicht auszuführen, wie für wohl der Herr Brotfabrikant denkt, und es fehlen den Kollegen auch meistens die Mittel, wenn sie in den Betrieb in Arbeit treten, sich Handtücher kaufen zu können. In solchen Fällen tritt etwas ein, was jeder Hygiene Gefahr bringt. Da die Geheilen nicht die zwei Handtücher, welche ihnen in der Bäckerei zur Verfügung stehen, auch noch zum Baden benutzen können (wie diese nach mehrtägigem Gebrauch aussehen, kann sich jeder vorstellen, auch wenn er nicht Bader ist), so kommt es vor, daß die Bäder einfach leere Wäsche zum Abwaschen benutzen! Das geschieht mit diesen Säulen nachher! Hebrigens sind in dem Betriebe auch die sonstigen Verhältnisse für die Arbeiterschaft nicht sehr empfehlenswert. Lohn gibt es 24 pro Woche. Ueberstunden werden nicht bezahlt. Die Arbeitszeit beträgt zwölf Stunden und wird den Geheilen kaum Zeit gelassen, richtig essen zu können.

Gotha. Lehrlingszucht, überlange Ausbeutung, Mängel im Kost- und Logiswesen und anderes mehr sind in vielen Bädereien noch gang und gäbe. Beim Herzoglich Sächsischen Hofbädermeister Bonjak werden die Lehrlinge über die gewöhnliche Arbeitszeit hinaus ausgebeutet. Am Sonntag, 2. November, wurde ein Lehrling nach mittags 10 1/2 Uhr gewöhnlich auf der Straße angetroffen. Herr Bonjak wurde zur Rede gestellt. Aber das war für einen Herzoglich Sächsischen Hofbädermeister zu freundlich. Er sagte: „Was soll ich mit dem Jungen machen? Soll ich ihn in die Kneipe schicken und Bier kaufen lassen? Sollen Sie mit nur die Polizei her um.“ Solche Verhältnisse herrschen auch in der Bäckerei Log in der Marktschloß. Einem Lehrling hat es dort so gut gefallen, daß er den Wirtshaus dieser Bäckerei von den Jüngen schüttelte, und doch behauptete Herr Log kein Lehrlingszucht zu sein. Drei Lehrlinge hat er immer, und wenn er mehr haben könnte, würde er noch mehr nehmen. In einer öffentlichen Versammlung im Volkshaus, in der die Verhältnisse in den Gothaer Betrieben besprochen werden sollten, war auch der Angehörige schon eingeladen. Schöner erklärte aber schriftlich, daß er nur hinter dem Theater zu sprechen sei, und sagte einem unserer Kollegen mündlich, daß wenn er mit Bekommen zu dem Herrn Meister käme, er ausgenommen würde. Ein netter Gesellenvertreter! Die Versammlung nahm davon Kenntnis und sprach dem Gesellen aus, die Befähigung zur Vertretung der Geheilen ab. Nur nun aber doch bei den Bädermeistern in Gotha noch etwas angehen zu sein, ist schon ganz gelb geworden und sucht dies bei jeder Gelegenheit zu beweisen, wie sich aus nachstehendem ergibt. Ein Lehrling, den Schöner in der Bäckerei Kerbach ausbilden hilft, hatte sich eine Verletzung zugezogen. Als Ersatz war ein Kollege vom Verband engagiert worden. Am folgenden Mittwoch wollte der Lehrling wieder arbeiten und der Verbandskollege wäre ohne weiteres wieder seines Weges gezogen, denn die gelbe Knospenscheu gefiel ihm nicht. Der Lehrling sagte ihm aber, er sei bis Mittwoch noch nicht gesund und könne erst Montag, er solle es dem Meister sagen. Als Schöner das hörte, war er sehr erregt und sagte, das wolle er dem Jungen schon antreiben. Der Hilfskollege, der sich ohne weiteres als Verbandsmitglied vorgestellt hatte, durfte keinen Augenblick mehr in der Bäckerei des Herrn Kerbach bleiben. Der Meister lief nach der Junngesamtenkasse und der Lehrling mußte mit noch nicht ganz

geheiltem Hand an die Arbeit gehen. Die Geheilen haben es aber noch weiter gebracht. Ein Tarif soll mit der Junngesamtenkasse abgeschlossen werden. Er wird natürlich bloß auf dem Papier stehen, und die Herren Meister zum Nachtrag werden weiter machen, was sie wollen. Dem Kollegen sollten diese Manöver aber nur genügend bekannt sein und sie sollten ohne Ausnahme begreifen, daß nur eine festgesetzte Organisation imstande ist, die Verhältnisse zu bessern. Auf Kollegen, hinein in den Zentralverband der Bäder und Konduktoren, denn nur dort werden eure Interessen gewahrt!

Süderf. Da die Wahl des Ausschusses zur Junngesamtenkasse am Freitag, 19. Dezember, im Messiant-Kneipenhof, Fleißhauerstraße 16, I. Et., von 12 Uhr mittags bis 5 Uhr nachmittags stattfindet, so ist es Pflicht aller der Junngesamten beständigen Kollegen, schon jetzt recht kräftig für die Liste des Verbandes einzutreten. Es ist dies um so mehr notwendig, da der Hund der „meistertreuen“ Geheilen, welcher in letzter Zeit wieder von sich reden macht, mit aller Anstrengung versuchen will, die Stimmen der Kollegen auf sich zu vereinigen. Daß ihm dabei die Unterstützung der Meister im größtem Maße zur Seite steht, ist ohne weiteres klar. Um so mehr müssen alle Kollegen jetzt auf dem Posten sein! Das Mitgliederverzeichnis, welches vom 21. November bis zum 5. Dezember beim Obermeister vormittags von 10 bis 12 Uhr ausliegt, ist von jedem Kollegen einzusehen, damit er sich überzeugt, ob er in die Liste eingetragen ist. Wer nicht eingetragen ist, ist an der Ausübung des Wahlrechts gehindert; denn es können nur alle über 21 Jahre alten Mitglieder der Kasse wählen, die in die Liste eingetragen sind. Sollten Kollegen nicht Zeit haben, die Liste einzusehen, so mögen sie sich bei dem Vorstand der Kasse melden, der dann Sorge tragen wird, daß eine Entschuldigung durch andere Kollegen mit vorgenommen wird.

Reichenbach i. S. Die Leistungsfähigkeit der Junngesamtenkasse. Hier gehen die Bädermeister alles daran, daß die Junngesamtenkasse bestehen bleibt. Den Geheilen wurde erzählt: Für Euch ist es besser, daß eine Junngesamtenkasse besteht, weil sie leistungsfähiger ist als die Einzelkassen. Angenommen, das treffe zu, wollen wir auch den Geheilen nachgehen. Nach Ansprüchen der Bädermeister wird diese geringere Leistung dadurch erzielt, daß in Reichenbach nur Bädermeister im Alter von 17 bis 22 Jahren beschäftigt werden. Die jungen Geheilen werden nicht so leicht krank, die Kasse braucht Krankengeld wenig zu zahlen und die Meister demzufolge wenig Krankentageverträge. Daher die angeblich größere Leistungsfähigkeit der Junngesamtenkassen. Es kann aber auch anders kommen, und schon in diesem Jahre wurden die Bädermeister in Schwandhausen gebrocht. Unterziehen sich da zwei Veräußerinnen, längere Zeit krank zu sein und mußten dem Krankenhaus übergeben werden. Jetzt fragen selbst der Bädermeister Zweifel auf über die Leistungsfähigkeit der Junngesamtenkasse, denn diese zwei Krankheitsfälle von etwas längerer Dauer jüngerer schon dem Vorstand, bereits den Reservefonds in Anspruch zu nehmen. Zwei Krankheitsfälle genügen, die großzügige Einrichtung der Junngesamtenkasse in Gefahr zu bringen. Die beiden Krankheitsfälle verursachten eine Ausgabe von 1100. Hierzu mußte die Junngesamtenkasse 500 dem Reservefonds entnehmen. So steht also die in allen Punkten gerechtere soziale Forderung der Bädermeister aus. Wieder ein Beweis, daß die Geheilen absolut kein Interesse an solchen Einrichtungen haben können, die auf äußerst schwachen Füßen stehen. Gassenfroh werden sich die Kollegen Reichenbachs mehr um die Junngesamtenkasse kümmern als das jemals der Fall war.

Fabrikbrände

Magdeburg. (Kartoffel in Gremestraße.) In Magdeburg wird uns folgende fast unglückliche Fabrikationsmethode gemeldet:

Auf was für Ideen mancher Unternehmer kommt, um durch Zusatz von minderwertigen Rohstoffen seine Fabrikate billiger herzustellen als die Konkurrenz, zeigt uns der Verrieh der Schokoladen- und Zuckerwarenfabrik von Gebrüder Spör. Magdeburg-Barleben. In dieser Fabrik werden im Laborator zum größten Teil aus Erdmehl eingetragene hergestellt. Bei einem Teil dieser Erdmehl wird ein bestimmtes Quantum zerkleinerte Kartoffeln hinzugesetzt. Durch diesen „Zusatz“ wird selbstverständlich das Fabrikat bedeutend billiger als das der Konkurrenz, und die Herren Gebrüder Spör sind in der Lage, sich dadurch größere Absatzgebiete zu verschaffen. Ob das auch noch der Fall ist, wenn erst die Konkurrenz über dieses „eigenartige Rezept“ genügend aufgeklärt wurde, lassen wir dahingestellt. Aber noch etwas anderes hat diese Herstellungsweise zur Folge. Der Laborant, der diese „Kasse“ verarbeitet, hat mit verschiedenen Schwierigkeiten zu rechnen. Kommt es einmal vor, daß der gegossene Erdmehl weiche Flecke hat, also abgefordert ist, dann werden dem Hersteller gleich Abzüge gemacht. Einem Laboranten sind einmal 22 vom Lohn abgezogen worden, während einigen andern auch Abzüge in Aussicht gestellt waren. Nur durch deren energigen Einspruch ist dieses unterblieben. Die Laboranten sind der Meinung, durch die Wasserflecke, die in der Kartoffel sind, werde es immer weiche Flecke im Fondant geben. Dies läßt sich nicht durch derartige Abzüge aus der Welt schaffen. Auch sonst bleibt nach den Berichten der Beschäftigten in dieser Fabrik vieles zu wünschen übrig. Es kommen oft Beschwerden, daß die Reinigung der Fabrikräume schon länger als ein Vierteljahr nicht vorgenommen ist und die Räume deshalb voller Schmutz sind. Ferner sind die Löhne, wie schon lange bekannt, recht niedrige, so daß die Arbeiterschaft alle Ursache hat, sich der Organisation anzuschließen, um hier Besserung zu schaffen.

Zeit. In der letzten Mitgliederversammlung der Fabrikbrände hielt Kollege Ott einen Vortrag über die Gewerbesteuer. Titel 7 §§ 105 bis 125. Der Vortrag war für uns, die wir nun einmal in Arbeitsverhältnis stehen, ein lehrreicher und sollte sämtliche Mitglieder bei späteren demartigen Vorträgen etwas versammlungsfreudiger

Wann? Was? Wo? Wie? als Geschäftsgegenstand... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

Die eigene Arbeit in den Fabriken... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

Familienarbeit: unser Recht zu... Familienarbeit... unser Recht zu...

Die Arbeiter-Zeitung

Die Arbeiter-Zeitung in Ostpreußen... Die Arbeiter-Zeitung... in Ostpreußen...

Die Arbeiter-Zeitung... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

Die christlichen Christen... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

Wenn... Wenn... die Arbeiter-Zeitung...

Die Arbeiter-Zeitung... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

Die Arbeiter-Zeitung... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

Freundliche Einladung... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

Die Arbeiter-Zeitung... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

Die Arbeiter-Zeitung... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

Polizei und Gerichte... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

Die Arbeiter-Zeitung... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

Die Arbeiter-Zeitung... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

Die Arbeiter-Zeitung... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

Die Arbeiter-Zeitung... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

Die Arbeiter-Zeitung... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

Die Arbeiter-Zeitung... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

Die Arbeiter-Zeitung... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

Die Arbeiter-Zeitung... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

Die Arbeiter-Zeitung... Die Arbeiter-Zeitung... die Arbeiter-Vereinigung...

apparat aufmarschieren lassen. Eine große Zahl Händler, die angeblich bedroht sein sollten, meinte Herr Fiebel, dass dessen Aufmarsch dienen dem Staatsanwalt als Schutz seiner gänzlich unhaltbaren Anklage. Die Verhandlungen des Staatsanwalts, durch die Auslegung des § 153 seine Anklage zu stützen, blieben ohne Erfolg. Das Gericht kam wieder zum Freispruch, heider Angeklagten, trotzdem der Staatsanwalt gegen Krümmeler drei Wochen und gegen Müller sogar vier Wochen Gefängnis beantragte. Das Gericht hob besonders hervor, daß sich die Hühnflücker so wenig wie die Zeitungsnutzen an die Händler wenden. Alleinstellend sei eine Aufforderung an das konsumierende Publikum zur Unterstützung des Wohlwills der G. sei daher gar nicht nötig zu prüfen, ob die Händler in diesem Falle die vom Gesetzgeber bezeichneten „anderen“ darstellen. Da die Aufforderungen zur Unterstützung des Wohlwills irgendwelche Drohungen nicht enthalten, liegt eine strafbare Handlung nicht vor. Wenn es auch richtig sei, daß sich der Wohlwille auch indirekt gegen die Händler gerichtet habe und dieselben durch die Bekanntheit ihrer Namen geschädigt wurden, so wäre es für dieselben aber sehr leicht gewesen, den Schaden abzumenden, indem sie dem Publikum Brot aus taxifreuen Betrieben vermittelten, ihren Brotumsatz also gar nicht einzuschränken brauchten.

Die Verteidigung lag in den Händen des Herrn Rechtsanwalts Handmann.

### Internationales

#### Quittung

An Beitragen für das Internationale Sekretariat der Bäcker und Konditoren gingen ein: Verband der Bäckereiarbeiter Oesterreichs für 1912 9883 Mitglieder M. 250. Zuckerbäckereiarbeiter Oesterreichs für 1912 700 Mitglieder M. 21. für 1913 700 Mitglieder M. 21. Bäckerverband Nordamerika für 1912 15.000 Mitglieder M. 450. für 1913 15.000 Mitglieder M. 450. Bäckerverband Bosnien und Herzogowina für 1912 150 Mitglieder M. 4,50. Bäckerverband Holland für 1912 1897 Mitglieder M. 54,81. für 1913 1762 Mitglieder M. 52,86.

Internationales Sekretariat für Bäcker und Konditoren  
O. Allmann

### Arbeitslosigkeit in Budapest

Das Organ der organisierten Arbeiter in der Nahrungsmittelindustrie Ungarns entnehmen wir:

Die allgemein schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse verursachten auch im Bäckergewerbe eine außerordentlich große Arbeitslosigkeit. In Budapest ist die Zahl der arbeitslosen Bäcker heute eine bedeutend größere als sonst. Demotivierend ist auch die Lage der Arbeitslosen eine trübselig-elende. Es dauert mehrere Monate, bis ein Kollege zu einer Arbeitsgelegenheit von wenigen Tagen kommt. Dann muß er wieder hungern und entbehren. All dies empfahlen wir der Beachtung seiner Kollegen, die die Absicht haben, nach der Hauptstadt zu kommen. Wenn sie nach Budapest kommen, setzen sie sich der größten Not aus, ohne Aussicht auf Arbeitsgelegenheit, weil in Budapest zirka 450 bis 500 Kollegen arbeitslos sind. Wie soll das erst im Winter werden? Leute mit schwächerem Charakter können in solcher Zeit für das Allgemeininteresse von großer Gefahr sein. Die Kollegen mögen sich daher von Budapest fernhalten — in ihrem eigenen Interesse. Wir wissen, daß die Arbeitslosigkeit überall eine große ist, aber die Kollegen, die jetzt nach Budapest zureisen, verschlechtern nicht nur ihre eigene, sondern auch die Lage der in Budapest notleidenden Kollegen.

Zuzug von Bäckerarbeitern nach Budapest ist daher fernzubalten.

### Sozialpolitisches

**Die freiwilligen Mitgliedschaften bei den Krankenkassen.** Zahlreiche Arbeiter, Arbeiterinnen und Angestellte haben verständigerweise die Mitgliedschaft bei den Krankenkassen als Selbstzahler freiwillig fortgesetzt, als sie arbeitslos wurden oder aus der Versicherungspflicht aus andern Gründen ausgeschieden. Mit Ablauf dieses Jahres werden manche viele Ortskrankenkassen und hin und wieder auch Beamten- und Zünfkassen geschlossen, das heißt, sie werden in solchen Fällen am 1. Januar 1914 mit der nun lebenden allgemeinen Ortskrankenkasse vereinigt. Welche Wirkungen hat dieser Vorgang auf die bestehenden freiwilligen Mitgliedschaften? Die Versicherungspflichtlichen Mitglieder der eingehenden Kasse werden ohne weiteres Mitglieder der neuen Kasse. Dagegen haben die freiwilligen Mitglieder nur ein Recht auf Mitgliedschaft bei der neuen Kasse. Darüber, wie dieses Recht geltend zu machen ist, enthält die Reichsversicherungsordnung keine Vorschrift. Erforderlich ist aber, daß das freiwillige Mitglied der neuen Kasse ausdrücklich oder durch gleichwertige Handlung erklärt, seine freiwillige Mitgliedschaft solle fortgesetzt werden; zum Beispiel dürfte die Weiterzahlung der Beiträge der neuen Ortskrankenkasse hierfür genügen. Natürlich müssen die Zahlungsansprüche beziehungsweise Zahlungsstermine pünktlich eingehalten werden, weil die freiwillige Mitgliedschaft verfallt, wenn zwei Zahlungsstermine verfallen sind; hat das Mitglied schon bei der eingehenden Kasse einen Zahlungsstermin verfallen, so erlischt bereits seine Mitgliedschaft, wenn es den nächsten Zahlung bei der neuen Kasse nicht verfallen. Die Reichsversicherungsordnung bringt für die freiwillige Mitgliedschaft mit dem 1. Januar 1914 eine Änderung, die vor allem für Arbeitslose wichtig ist. Nach § 313 der Reichsversicherungsordnung kann während der freiwilligen Mitgliedschaft eine niedrigere Beitragsklasse gewechselt werden. Sichtlich trägt dieses Recht dazu bei, daß auch in Zeiten der Arbeitslosigkeit jedes Mitglied die Krankenversicherung beibehält; eine solche Ermäßigung muß jetzt innerhalb einer Woche nach Ablauf der Beitragszahlung bei der Kasse abgegeben werden. Die Reichsversicherungsordnung verlängert zwar diese Frist auf drei

Wochen, da aber sanfte Nachteile möglich sind, empfiehlt es sich, auch dann innerhalb einer Woche die Erklärung abzugeben.

### Wirtschaftliche Rundschau

Die allgemeine Wirtschaftslage ist äußerst unsicher. Nach den für September vorliegenden Berichten ist gegen die Vormonate eine leichte Aufhebung eingetreten. Ob nun diese Erleichterung für die Folgezeit andauern wird, kann heute noch nicht gesagt werden. Der Beschäftigungsgrad auf dem gewerblichen Arbeitsmarkt war nach den amtlichen Berichten im Reichs-Arbeitsblatt überwiegend befriedigend, wenn auch minder günstig als im Vorjahr. Es zeigte sich gegenüber dem Vormonat in einer Reihe von Gewerben eine leichte Verbesserung, die allerdings der gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres eingetretenen Verschlechterung nicht die Wage hält. Die Zuckermären- und Konfitürenfabriken waren nach einem Berichte der Vereinigung deutscher Zuckermären- und Schokoladenfabriken im allgemeinen normal beschäftigt. Einzelne Verbesserungen oder Verschlechterungen waren teilweise auf örtliche Verhältnisse zurückzuführen, zum Beispiel auf die sehr schlechte Ernte in Meiningen, andererseits auch auf den belebenden Einfluß des Weihnachtsgeschäfts. Die allgemein schwierigen Geld- und Kreditverhältnisse sowie die Zurückhaltung infolge Erwartung billiger Preise, wirkten auf die Beschäftigung abtäuend. Fabriken, welche Weihnachtsgüter herstellen, hatten teilweise Überstunden einzulegen. In der Keks-, Biskuit- und Waffelfabrikation war der Beschäftigungsgrad normal, jedoch nicht immer ganz befriedigend.

Ein solch günstiger Bericht liegt aber von den Bäckereien und Konditoreien nicht vor. Auf

**Spätestens am 29. November**  
**ist der 49. Monatsbeitrag für 1913**  
**(30. Novbr. bis 6. Dezbr.) fällig.**

ertere übt die Saison ihren Einfluß aus, die ganz erheblich die Produktion von Weizen und Backwaren niedriger, im Konditorgewerbe herabsetzte den Geschäftsgang, die beendete Heizzeit und der Eintritt der kälteren Jahreszeit.

Nach diesen Berichten ist eine Steigerung der Beschäftigung eingetreten. Die Kräfteverhältnisse berichten von einer Zunahme bei den männlichen Mitgliedern um 0,48 pSt. und bei den weiblichen um 1,38 pSt. Die gewöhnlich im Laufe des Septembers eintretende Zuwachsbewegung blieb jedoch in diesem Jahre zurück gegen dieselbe Zeit im Vorjahr. Die Gewerkschaften berichteten ebenfalls über einen Rückgang der Arbeitslosigkeit. Von den Mitgliedern waren 27 pSt. gegen 22 pSt. im Vormonat arbeitslos. Im September 1912 war die Arbeitslosigkeit bedeutend niedriger; sie betrug damals nur 1,5 pSt. Bei den berichteten Arbeitslosen entfielen auf je 100 offene Stellen 160 Arbeitsgesuche von männlichen Personen und 99 Arbeitsgesuche von weiblichen Personen. Im Monat vorher wurden auf je 100 offene Stellen 178 männliche und 101 weibliche Personen ermittelt.

Die Ursache der Aufhebung auf dem Arbeitsmarkt ist in der im September eingetretenen Entspannung in den Geldmarktverhältnissen zu suchen. Der Diskontsatz für geliehenes Geld wurde von 6 auf 5 pSt. erniedrigt. Dieser Vorgang muß auf den Abbruch der Kriegswirren auf dem Balkan zurückgeführt werden. Die Balkanstaaten brauchen Geld. Sie hat die Türkei vorläufig eine Anleihe in der Höhe von 700 Millionen Frank in Frankreich aufgenommen. Man schätzt ihren Kreditbedarf in aller nächster Zeit auf 1500 Millionen Frank. Auch in den anderen Staaten ist Geld dringend notwendig. Große Geldanleihen sind dann nach in China notwendig. Es ist erklärlich, daß diese Länder mit zurückgebliebener kapitalistischer Entwicklung Gelder aufnehmen, wobei sie es bekommen werden. Die Vorkurspekulanten in Deutschland wollen sich selbstverständlich solche gewinnbringende Geschäfte nicht entgehen lassen; sie sind gezwungen, wenn sie Geschäfte machen wollen, den Zinsfuß für das Kapital herabzusetzen. Daran hat auch der Kapitalist ein Interesse, um sich das Absatzgebiet der Waren nach diesen Ländern zu sichern. Freiglich ist allerdings, ob in der nächsten Zeit eine weitere Erleichterung auftreten wird. Dadurch würde eine scharfe Steigerung des Kapitalverkehrs eintreten, die ganz naturgemäß eine Entspannung der Geldmarktverhältnisse mit sich bringen würde. Es ist demnach sicher zu erwarten, daß eine weitere Erleichterung in der nächsten Zeit nicht eintreten wird.

Trifft diese hier skizzierte Prognose ein, dann bestände die Möglichkeit zur bedeutenden Abschwächung einer großen Wirtschaftskrise und eine rasche Wiederaufhebung des in der letzten Zeit eingetretenen wirtschaftlichen Niederganges. Die Preise der Rohprodukte sind bei Getreide erheblich zurückgegangen. Die Berliner Vorkursnotierungen weisen auf pro Tonne:

	Weizen	Roggen
Anfang September	M. 195,50	M. 168,75
Mitte September	196,50	168,50
Anfang Oktober	192,25	169,-

Der bedeutende Preisrückgang verursachte eine Nachfrage für die kapitalkräftigen Bäckereimeister ist jetzt eine günstige Zeit, die ihnen bei großen Entscheidungen beträchtliche Gewinne mitbringt in die Taschen fließen läßt. Der Kleinmeister hat davon allerdings keinen Nutzen. Ihm fehlt das Geld, um die Zeit der günstigen Kreditbildung auszunutzen zu können. Das günstige Bild kann von dem Rohmarkt nicht ausstrahlen werden. Hier sind die Preise gegen den Vormonat gleichgeblieben. Nach vorliegenden Berichten ist durch die vorjährige ungünstige Ernte der Weltmarkt bedeutend zurückgegangen.

Der Verbrauch dagegen ist aber ganz nennenswert gestiegen, so daß trotz der diesjährigen günstigen Erntegewinnung der Bestand niedriger ist als am Jahresanfang. Die Zuckerpresse gestalteten sich schon seit einigen Monaten günstig. Magdeburg notiert für Melis I. M. 18,75 pro 50 Kilo. Hier kann im letzten Jahre eine beträchtliche Steigerung des Vorrats verzeichnet werden. Der Gesamtbestand ist von 572.728 Tonnen auf 766.316 Tonnen gestiegen, welche Steigerung auf die günstigen Ernteergebnisse zurückgeführt werden muß.

Immer noch auf der Höhe stehen die Preise für die Nahrungsmittel zum Lebensunterhalt. Die Indizes weist für die wöchentlichen Ausgaben M. 25,75 auf gegen M. 25,88 im Monat vorher. Als die teuersten Plätze werden Köln und Konstanz mit M. 28,77 beziehungsweise M. 28,50 und als der billigste die Stadt Breg mit M. 22,47 aufgeführt. Als zum Leben teuerster Landesteil kommt Elsaß-Lothringen in Betracht mit einer Indizeszahl von M. 27,29. Besser könnte wohl niemand die Wirkung der Zuckerzölle schildern als der Oberverwaltungsgerichtsrat a. D. Dr. v. Horn, der Sohn eines früheren preussischen Oberpräsidenten, welcher in einem von ihm erschienenen Buch auch auf den Geburtenrückgang zu sprechen kommt. Er führte da aus:

„Hauptächlich ist aber an der Verminderung der Geburten die unausgesetzte zunehmende Lebensverteuerung schuld, die es allen Klassen der Bevölkerung, mit Ausnahme der reichsten und der ärmsten, erschwert oder unmöglich macht, eine größere Zahl von Kindern ihrem — der Eltern — Stande entsprechend zu erziehen. Da nichts geschieht, um die allgemeine Lebensverteuerung, die übrigens nicht durch die Landwirtschaft herbeigeführt ist, planmäßig in ihrer ganzen Ausdehnung zu bekämpfen, so ist nicht zu hoffen, daß sich die Geburtenziffer der deutschen Bevölkerung wieder in nennenswertem Maße heben wird.“

Die Ursachen der Teuerung ist in den Zuckerzöllen zu finden. Sie sollen aber nicht beseitigt werden, sondern nach dem Schreien der Junker eine noch größere Verschärfung erfahren. Der Regierung bietet sich bei der Revision der Handelsverträge die beste Gelegenheit, diesen unerhörten Zustand zu beseitigen. Sie wird aber das nicht tun, sondern im Interesse der herrschenden Klasse die Ausplünderungspolitik an den Fernsten beibehalten.

### Allgemeine Rundschau

**Ein Geistlicher über die Sozialdemokratie.** Ein protestantischer Geistlicher, Stefan J. Goldemann, schreibt in einem Aufsatz „Um die Zukunft der evangelischen Kirche“ in dem Heft 44 der Münchener Wochenschrift „Krieg“, Seite 622, unter anderem: „Gegenüber den Zeichen des Verfalls und der Materialisierung des Lebens in den oberen Schichten erhebt immer wieder der Blick auf das tägliche Elendtum im Leben ungezählter kleiner Leute unten in der Masse und stärkt den Glauben an den guten Kern und die Zukunft unerschütterter. Auch an der gewaltigsten Bewegung unserer Zeit der Sozialdemokratie, soll die evangelische Kirche trotz aller Unzulänglichkeiten und Bodenlosigkeit, wie es mit jeder großen Kampfbewegung einhergeht, umfassen anerkennen und stärken, ideellen Kräfte. Dieses ergreifende Empörung der Massen aus dem Dunkel, ihr Kampfbild gegen die Gewalt des Romanismus, die alle politischen Parteien des Bürgerturns tief beschämende Unzulänglichkeit, der geradezu religiöse Glaube an eine unerschütterliche Zukunft, der stärker ist als mancher Kirchenglaube, der voll Angst vor jedem freien Lufthauch zittert.“

### Für die Arbeiterinnen

**Wöchnerinnen-Versicherung.** Die am 1. Januar 1914 in Kraft tretende Reichsversicherungsordnung sieht auch eine Wöchnerinnen-Versicherung vor. Diese erfasst nicht nur, wie bisher, die in der Industrie und im Handel Beschäftigten, sondern auch die Land- und Heimarbeiterrinnen, die Wanderarbeiterrinnen und die unständigen Arbeitskräfte, die Diensthöten, das Lehrpersonal, und die Bühnengängerinnen. Durch dieses Gesetz wird einer großen Anzahl von Frauen bei einer Entbindung der gesetzlich geregelte Bezug von Wöchnerinnenunterstützung zugesichert. Diese Unterstützung erhalten die Wöchnerinnen, die der Kasse mindestens sechs Monate vor der Entbindung angehört haben. Sie bekommen ein Wöchnerinnengeld in Höhe des Krankengeldes für acht Wochen, von denen sechs in der Zeit nach der Niederkunft fallen müssen. Die Mitglieder der Ortskrankenkassen haben nur während mindestens vier und höchstens acht Wochen Anspruch auf Wöchnerinnengeld. Die Kassen können durch Satzung auch noch erhöhte Leistung gemähren.

Außerdem kann die Wochenhilfe auch gewährt werden den versicherungsfreien Ehefrauen der Versicherten. Als dann kommt noch eine dritte Klasse in Betracht, die der freiwilligen Versicherung. Die in Handel und Industrie tätigen Frauen haben schon heute die Möglichkeit, sich noch während des Arbeitsverhältnisses freiwillig fortzuführen zu sichern. In Zukunft steht dieses Recht auch den Diensthöten, den Heim-, Land- und Wanderarbeiterrinnen den unständigen Arbeitenden zu. Das ist ein großer Fortschritt. Es ist jetzt Sache der Versicherungspflichtigen, darüber zu machen, daß sie von ihren Arbeitgebern auch in der Krankenkasse angemeldet werden.

### Gesellschaftliches

Unsern Genossenschaftsarbeiter hat außer den bisher bekanntgegebenen Vereinen noch anerkannt der Konsumverein in Arnstadt bei Sonneberg. Das sind nun insgesamt 204 taxifreie Vereine, welche in ihren Bäckereien zusammen 2627 Bäckereimeister, Bäcker und Konditoren beschäftigen.

Die Beilegung der Differenzen zwischen der Gewerkschaftsgesellschaft deutscher Konsumvereine und den Bäckereimeistern ist belächelnd durch ein Schiedsgericht erfolgt. Das Schiedsgericht tagte am 17. November in Hamburg und wurde gebildet durch die Herren Freyemann,

